

Stallbauten: Grundsätzlich für Steuerung

AUSSCHUSS Große Mehrheit empfiehlt Einstieg in das aufwendige Verfahren – KA lehnt es ab

Es ist ein schwieriges Terrain im Planungsrecht. Die Gemeinde will es betreten.

VON ULRICH SUTTKA

GROßENKNETEN – Die Gemeinde Großenkneten macht sich auf einen „schwierigen und steinigen Weg“. So formulierte es – unwidersprochen – SPD-Ratsfrau Andrea Oefler am Donnerstagabend in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Das Gremium empfahl mit großer Mehrheit von CDU, FDP und SPD, den Einstieg in die planungsrechtliche Steuerung von landwirtschaftlichen Tierhaltungsanlagen zu unternehmen. Nur Uwe Behrens (KA) lehnte die Vorlage ab.

Zuvor hatte es fast zwei Stunden lang Vorträge der beiden Experten, Dr. Bernhard Rump von der Landwirt-

REFOOD: ANSIEDLUNG NICHT ENTSCHEIDUNGSREIF – THEMA ABGESETZT

Überraschend ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 109/III A „Ahlhorn ReFood“ von der Tagesordnung abgesetzt worden. Es sollte um die Beratung des Entwurfs für die Ansiedlung der Firma ReFood im Metropark Hansalinie gehen. Doch am Mittwoch hatte das bun-

desweit tätige Unternehmen der Gemeinde mitgeteilt, dass es derzeit nicht in das Lage sei, endgültig zu entscheiden, ob es sich am Standort Ahlhorn niederlassen wolle. Das trug Bürgermeister Thorsten Schmidtke als Begründung für die Absetzung des Tagesordnungspunktes vor. Bisher ist Re-

Food in der Region in Altmoorhausen (Gemeinde Hude) ansässig. Das Unternehmen entsorgt seit Ende der 80er Jahre Küchen- und Speisereste, gebrauchte Speiseöle und Frittierfette sowie überlagerte Lebensmittel aus Gastronomie, Handel und Industrie.

schaftskammer und Planer Joachim Mrotzek, gegeben. Ihre Ausführungen machten sehr deutlich, dass auf Verwaltung und Politik viel Arbeit im einem regelrechten Dschungel von Paragraphen und Gerichtsurteilen zukommt und das Verfahren in enger Abstimmung mit den Landwirtschaft zu führen ist, zugleich öffentlich und transparent.

Die Gruppe CDU/FDP hatte den Antrag gestellt, um die Weiterentwicklungsmöglichkeiten der ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe im Rahmen der Bauleitplanung durch die Änderung der Flächennutzungsplans und der Aufstellung von Bebauungsplänen zu sichern. Ziel: den örtlichen Betrieben Entwicklungschancen vorrangig

rund um ihre Hofanlagen zu erhalten, Stallbauten von auswärtigen Investoren zu unterbinden und die Zersiedlung der Landschaft zu verhindern. Die Verwaltung hatte den Vorschlag der Gruppe, zunächst einen Grundsatzbeschluss herbeizuführen, aufgegriffen und eine entsprechende Vorlage vorbereitet.

Danach soll die Landwirt-

schaftskammer die Bauleitplanung begleiten und Fachgutachten erstellen. So wird sie jeden einzelnen Hof (rund 90) besuchen und die Entwicklungsmöglichkeiten besprechen, kündigte Rump an. Dafür sollen allein im Nachtragsetat 30 000 Euro eingestellt werden. Welche Finanzmittel in 2015 noch dazu folgen, ist unbekannt. Es könnte in den höheren fünfstelligen Bereich gehen. KA-Ratsherr Behrens warf die Summe von 100 000 Euro in den Raum.

Bei seiner Ablehnung verwies Behrens auf ein von ihm veranlasstes Gutachten eines Rechtsprofessors (die **nwz** berichtete ausführlich), wonach schon jetzt in der Gemeinde keine weiteren Neubauten von gewerblichen Tierhaltungsanlagen mehr möglich sein. Die Verwaltung und die Referenten teilten diese Auffassung nicht und verwiesen auf die Rechtsprechung.